

# Editorial

Christa Schlager, Michael Soder und Florian Wukovitsch

Sollen die Pariser Klimaziele halten und die Klimakrise eingedämmt werden, ist unterschiedenes Handeln zur raschen Reduktion der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen geboten. Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wird aber nur gelingen, wenn Klimapolitik im Kern als soziale Herausforderung verstanden wird. Ohne eine umfassende wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Einbettung der großen Transformation hin zu einer postfossilen Wirtschaft und Gesellschaft werden die notwendigen klima- und energiepolitischen Maßnahmen scheitern. Exemplarisch sollen hier der nationale Energie- und Klimaplan sowie der europäische Grüne Deal näher beleuchtet werden. Sie sind aktuell die entscheidenden Initiativen, um auf nationaler und europäischer Ebene die Weichen in eine dekarbonisierte Zukunft zu stellen.

## Der nationale Energie- und Klimaplan – Klimawende oder Symbolpolitik?

Um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen, verpflichteten sich die EU-Mitgliedstaaten im Zuge des Governance-Systems der Energieunion dazu, nationale Strategien, Pläne und Maßnahmenbündel auszuarbeiten (Europäische Union, 2018). Bis Ende 2018 waren erste Versionen dieser sogenannten nationalen Energie- und Klimapläne (NEKP) an die Europäische Kommission zu übermitteln. Diese wurden anschließend im ersten Halbjahr 2019 evaluiert und mit Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zurückgesendet. Die endgültigen Fassungen waren anschließend bis Ende 2019 einzureichen.

Für die österreichische Bundesregierung wurde als Basis für die Erarbeitung des NEKP die im Frühjahr 2018 präsentierte – und im darauffolgenden Sommer beschlossene – „Integrierte Klima- und Energiestrategie (#mission2030)“<sup>4</sup> herangezogen. Bereits während der Ausarbeitung der #mission2030 wurde von unterschiedlichen Seiten – Wissenschaft, Umwelt-NGOs, Interessenvertretungen (bspw. Global 2000, 2018, Arbeiterkammer, 2018, System Change, not Climate Change, 2018) darauf hingewiesen, dass die angedachten Maßnahmen unzureichend sind, um die Klimaziele zu erreichen.

Diese Kritik wurde schließlich auch am Entwurf des österreichischen NEKP angebracht. Im Vordergrund standen dabei der Mangel an verbindlichen und messbaren Zielen und Entwicklungspfaden, die fehlende Beschäftigung mit den Gesamtkosten und Finanzierungsoptionen der vielfach vage formulierten Maßnahmen sowie die Tatsache, dass Verteilungswirkungen kaum bedacht wurden (Arbeiterkammer 2018). Diese Bedenken wurden auch seitens der Europäischen Kommission in ihrer Begutachtung des Entwurfs vollumfänglich geteilt, sie forderte umfangreiche Überarbeitungen und weitere Ausführungen (Europäische Kommission 2019a). Grundlegende Kritik am österreichischen NEKP kam auch aus der Klimaforschungsszene (CCCA 2019). Da die

gesteckten Ziele mit den avisierten Maßnahmen bei weitem verfehlt würden, veröffentlichten zahlreiche der bedeutendsten WissenschaftlerInnen in diesem Feld einen alternativen Klimaplan, in dem ein aus wissenschaftlicher Sicht notwendiges – deutlich umfangreicheres – Maßnahmenpaket beschrieben wurde (Kirchengast et al. 2019).

Grundsätzlich kann festhalten werden, dass die politischen Bemühungen rund um die Aufstellung des österreichischen Energie- und Klimaplanes bisher zu zaghafte ausgefallen sind, um als Initialzündung für den notwendigen Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft gelten zu können. Zwar sind das grundsätzliche Bekenntnis und die Festschreibung der Ziele zur Treibhausgasreduktion, welche zumindest mittel- bis langfristig einen Zielkorridor abstecken und damit eine gewisse Planungssicherheit bieten, positiv hervorzuheben. Bis zuletzt mangelte es aber an einer strategischen Ausrichtung des Plans. Welche Maßnahmen zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang gesetzt werden müssen, um den österreichischen Beitrag zu den Klimazielen zu gewährleisten, bleibt weiterhin zu vage. Es scheint so, dass die österreichische Politik vor potenziellen Konflikten – Priorisierung von Budgetmitteln, Aufgabenverteilung zwischen unterschiedlichen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) – und daher einem klaren Bekenntnis zu konkreten Maßnahmen zurückschreckt. Ohne ein klares Bekenntnis können aber auch die Wirkungen von Maßnahmen schwerlich beurteilt werden.

Auch nach dem Regierungswechsel zeigen sich bisher kaum Initiativen, die auf eine rasche Umsetzung notwendiger Maßnahmen im Bereich der Energie und Mobilitätswende sowie in der Industrie- und Innovationspolitik schließen lassen. Es bleibt vielmehr zu befürchten, dass die Ambitionen und politischen Projekte des grünen Regierungsteams vom Koalitionspartner einerseits in Arbeitsgruppen verschleppt werden, andererseits mangels Finanzierungszusagen die finanzielle Basis für viele Maßnahmen nicht dargestellt werden kann. Erst die nächsten Monate werden zeigen, ob es den progressiven Kräften gelingt, im Regierungsprogramm angedeutete Maßnahmen im notwendigen Umfang auf den Weg zu bringen und auch den NEKP in dieser Hinsicht nachzuschärfen.

## **Der europäische Grüne Deal – Eine ehrgeizige Strategie für den Klimaschutz?**

Der Antritt der neuen Europäischen Kommission im Dezember 2019 markierte den Startschuss für die entschiedene Neuausrichtung der EU auf die Erreichung der Klimaziele. Mit einem ehrgeizigen Maßnahmenbündel soll in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht weniger als der weitgehende Ausstieg der europäischen Wirtschaft aus der Nutzung fossiler Energieträger bewältigt werden. Bereits in ihrer Antrittsrede hielt die – damals noch designierte – Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fest, dass die oberste Priorität der Kommission der Kampf gegen die Klimakrise sein müsse, als internationaler Vorreiter in Sachen Klimaschutz soll Europa als erster Kontinent klimaneutral werden (von der Leyen, 2019).

Folgerichtig wurde unter dem Namen „Der europäische Grüne Deal“ noch vor Weihnachten das mit Spannung erwartete strategische Programm für die neue Europäische Kommission vorgelegt (Europäische Kommission, 2019b). Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 tatsächlich zu erreichen, muss es in den nächsten Jahren mit einer Vielzahl von politischen Initiativen befüllt werden. Durch die schiere Größe der Heraus-

forderung weckt der europäische Grüne Deal auch große Erwartungen auf einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Politik der Europäischen Union. Und er nährt damit die Hoffnung, dass Fragen sozialer Gerechtigkeit beim Übergang zur Klimaneutralität ernstgenommen werden. Ob diese Erwartungen jedoch erfüllt werden können, hängt davon ab, ob und inwieweit ein politischer Kurswechsel in Europa – bspw. des fiskalpolitischen Rahmens, der Industrie-, Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik etc. – gelingt und ob es die Europäische Kommission schafft, die Verteilungsfragen im vor uns liegenden Strukturwandel offensiv zu adressieren.

### Zwischen Ambition und „Business as usual“

Das (Klima-)politische Momentum des Jahres 2019 zu nützend, legte die EU Kommission bereits bei der Veröffentlichung der Mitteilung zum europäischen Grünen Deal einen ambitionierten Fahrplan für die Umsetzung der einzelnen Initiativen vor. Um keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit aufkommen zu lassen, wurden gleich nach dem Jahreswechsel die ersten Entwürfe in Begutachtung geschickt, nämlich die Vorschläge für einen *Mechanismus für einen gerechten Übergang* und einen *Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa* (Europäische Kommission 2020a, 2020b). Noch im ersten Quartal 2020 folgten die Vorschläge für ein europäisches *Klimagesetz*, eine *EU-Industriestrategie* und einen neuen *Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft*.

Das entschiedene Vorgehen der Kommission ist freilich nicht nur klimapolitisch motiviert. Es soll auch dazu beitragen, mittel- bis langfristig Wertschöpfung und Beschäftigung in Europa zu halten bzw. neue zu schaffen. Mit der Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und der Umsetzung der UN-Agenda 2030 (Kerninhalt: Sustainable Development Goals – SDGs) sollen explizit auch Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Wachstum abgesichert werden. Der umfassende Strukturwandel, der alle Politikbereiche betreffen und alle Sektoren erfassen wird, wird als wirtschaftliche Chance begriffen, um langfristig ökonomische Vorteile im globalen Wettbewerb zu generieren. Die Auseinandersetzung mit den ökologischen und sozialen Grenzen des Wachstums bleibt insofern unzureichend (Hirsch 2005; Steffen et.al. 2015). Bezugspunkt ist nicht ein neuer, umfassender Wohlstandsbegriff, sondern vielmehr die Idee „ökologischer Modernisierung“ oder eines „*technological fix*“<sup>1</sup>.

Nichtsdestotrotz kann der europäische Grüne Deal einen Ansatzpunkt für eine grundlegende Umgestaltung der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit darstellen. Zu diesem Zweck müsste es aber gelingen, Fragen der Gerechtigkeit und der Verteilung viel systematischer einzubeziehen und die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge, also öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen, im Kampf gegen die Klimakrise zu verdeutlichen.

### Just Transition – Die Anerkennung der sozialen Dimension des Klimaschutzes

Positiv an der Vorlage zum europäischen Grünen Deal ist die Berücksichtigung der sozialen Dimension der Klimakrise und der Notwendigkeit einer politischen Reaktion auf die durch den Wandel hervorgerufenen strukturellen Veränderungen. Mit dem

Bekenntnis, dass niemand auf dem Weg in die Klimaneutralität zurückgelassen werden darf, tritt die Strategie aus der verbreiteten Fokussierung auf technologische Lösungen heraus. Die soziale Abfederung des Strukturwandels soll insbesondere mit dem neu einzurichtenden Mechanismus für einen gerechten Übergang gelingen. Damit wird anerkannt, dass die Dekarbonisierung starke Auswirkungen auf die Beschäftigung in einzelnen Branchen haben wird. Allerdings wird der durch die Dekarbonisierung angestoßene Strukturwandel ein umfassender sein. Es greift daher zu kurz, den Mechanismus für einen gerechten Übergang schwerpunktmäßig auf *„die Regionen und Sektoren (zu) legen, die den Übergang am meisten spüren werden, weil sie von fossilen Brennstoffen oder CO<sub>2</sub>-intensiven Prozessen abhängig sind“* (Europäische Kommission, 2019b: 20).

Die Dekarbonisierung betrifft nämlich nicht nur die Förderung und den Verbrauch von fossilen Brennstoffen, sie wird auch in damit zusammenhängenden Wertschöpfungsketten strukturelle Anpassungen verlangen und Innovationen erfordern, beispielsweise in der Automobilindustrie. Daneben verhindern die im Just Transition Mechanismus vorgesehene klare Abgrenzung anspruchsberechtigter Regionen und die Vorausplanung in Form einjähriger Pläne eine adäquate Reaktion auf Krisensituationen. Beispielsweise könnten weitreichende Umstellungen in Deutschland zügige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Abfederung von Kündigungen und Umqualifizierung von ArbeitnehmerInnen in Österreich unumgänglich machen. Diese Auswirkungen auf österreichische Zulieferbetriebe werden aber nicht immer ein Jahr im Vorhinein absehbar sein werden. Darüber hinaus streuen die potenziell betroffenen Betriebe über das gesamte Bundesgebiet. Aufgrund der derzeit vorgesehenen Regelungen könnten österreichische Betriebe in einem solchen Fall die Mittel des Fonds für einen gerechten Übergang nicht in Anspruch nehmen.

Ebenso problematisch ist auch die angestrebte hohe Kofinanzierungsquote durch den EFRE oder den ESF+, die das Eineinhalbfache der jeweiligen Mittel des Fonds für einen gerechten Übergang beträgt. Durch diese Kofinanzierungsbedingungen kommt es unweigerlich zu Interessenskonflikten. Immerhin müssen die Mittel auch für sonstige Problemlagen auf dem Arbeitsmarkt wie die Bekämpfung des frühen Schulabbruchs, der Jugendarbeitslosigkeit, der Diskriminierung von Frauen, Älteren und MigrantInnen und der Bekämpfung von Armut zur Verfügung stehen. Die Abfederung der vom klimapolitisch bedingten Strukturwandel betroffenen ArbeitnehmerInnen ist ein zusätzlicher Schwerpunkt, der auch zusätzliche Mittel erfordert. Es ist sicherzustellen, dass Beschäftigte in ihren individuellen Problemlagen bestmöglich beim Übergang auf einen neuen Arbeitsplatz unterstützt werden und Arbeitslosigkeit möglichst vermieden wird. Ein besonderes Augenmerk muss auf ältere Beschäftigte gelegt werden, hat es diese Gruppe doch besonders schwer, im Fall von Arbeitslosigkeit wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Hier braucht es ein breites Spektrum an Maßnahmen, auch geförderte Beschäftigung im gemeinnützigen und öffentlichen Bereich zählt dazu.

## **Die Finanzierung entscheidet über das Gelingen – nationale Spielräume erweitern**

Nach Schätzungen der EU-Kommission erfordert allein die Erreichung der aktuell gültigen Klima- und Energieziele bis 2030 jährlich zusätzliche Investitionen in Höhe von

260 Mrd. EUR<sup>2</sup> (Europäische Kommission, 2019: 18). Der vorgesehene „*Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa*“ (Europäische Kommission, 2020a) – im Ausmaß von 100 Mrd. € jährlich bis 2030 – wird allein sicher nicht ausreichen, um den massiven Investitionsbedarf auf gerechte Art zu erfüllen. Im Kampf gegen die Klimakrise muss die Europäische Kommission daher den Mitgliedstaaten nicht nur wesentlich mehr Spielraum bei öffentlichen Investitionen gewähren. Sie müsste diese vielmehr aktiv einfordern, um ihren Investitionsplan durch eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen seitens der Mitgliedstaaten zu ergänzen: Nicht zuletzt in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Erneuerbaren Energien und in die thermische Sanierung müssen zusätzliche Mittel fließen.

Die Klimakrise bietet damit eine Chance, die zentralen Fehlkonstruktionen der Wirtschafts- und Währungsunion zu korrigieren: Angesichts der notwendigen Investitionen sind die restriktiven Fiskalregeln in Verbindung mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie dem Fiskalvertrag zu „Klimaschutzbremsen“ (Schlager und Soder, 2019) geworden. Mit einem Bekenntnis der Kommission zur sogenannten „goldenen Investitionsregel“ (Truger, 2015) hätten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, klimarelevante, ökologische und soziale Nettoinvestitionen zu tätigen, ohne die EU-Fiskalregeln zu verletzen. Die Chancen dafür stehen immer besser: Tatsächlich lässt das grundsätzliche Bekenntnis zu Investitionen auf eine wachsende Akzeptanz einer „grün-goldenen Investitionsregel“ hoffen.

## **EU-Haushalt evaluieren und Besteuerung verbessern**

Dem Investitionsplan der Europäischen Kommission zufolge soll die Hälfte der bis 2030 geplanten Billion Euro über den EU-Haushalt mobilisiert werden. Das dürfte dem für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorgeschlagenen Ziel entsprechen, wonach 25 Prozent aller Ausgaben im Rahmen aller EU-Programme zur Verwirklichung der Klimaziele beitragen sollen. Was in diesem Zusammenhang jedoch kaum bekannt ist: Einen vergleichbaren, wenn auch geringeren Zielwert (20 Prozent), gibt es auch für den laufenden EU-Finanzrahmen 2014–2020 (Europäische Kommission, 2014). Evaluierungen über die klimaschutzbezogene Verwendung des EU-Haushalts fehlen aber. Diese wären jedoch entscheidend, um eine effiziente Mittelverwendung zur Erreichung der Klimaschutzziele sicherzustellen.

Daneben muss der Kampf gegen Steuerhinterziehung vorangetrieben werden. Schätzungen zufolge entgehen den öffentlichen Haushalten in der EU durch Steuerhinterziehung pro Jahr rund 825 Mrd. Euro an Einnahmen (Europäisches Parlament, 2018). Die Bedeutung dieser Mittel für die Finanzierung notwendiger Investitionen wird im Rahmen des europäischen Grünen Deals bisher nicht thematisiert. Tatsächlich wird dessen Umsetzung aber auch davon abhängen, dass der massiven Reduktion von Steuereinnahmen durch Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung endlich ein wirksamer Riegel vorgeschoben wird. Ebenso sind die Bemühungen zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft, zur Schaffung einer konsolidierten Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer – mit einem EU-weiten Mindeststeuersatzes – sowie zur Einführung einer substantziellen Finanztransaktionsteuer und Vermögensbesteuerung engagiert fortzusetzen, um die notwendigen Investitionen zu ermöglichen.

Ob jedoch der EU-Haushalt und die legislativen Pakete des Grünen Deals auch in der avisierten Form umgesetzt werden können, ist angesichts der Corona-Krise fraglich. Diese traf die Weltwirtschaft unerwartet und mit voller Härte. Rettungs- und Liquiditätspakete, sowie die Umleitung von Mitteln in notwendige Konjunkturprogramme für die Zeit nach dem Lockdown, setzen die Finanzierung des Grünen Deals unter Druck. Inwieweit damit die Klimapläne hintangestellt werden, lässt sich zu Redaktionsschluss noch nicht beurteilen.

An positiven Entwicklungen zeichnet sich in der aktuellen Krise ein zaghaftes Infragestellen der Sinnhaftigkeit mancher globaler Güterketten ab. Die damit verbundenen Risiken werden zuletzt wieder thematisiert. Ob es zur Steigerung der Versorgungssicherheit aber in naher Zukunft auch tatsächlich zu einer stärkeren Regionalisierung der Wirtschaft kommen wird, und welche Auswirkungen das auf Produktion, Logistik und die damit verbundenen Treibhausgasemissionen haben könnte, ist allerdings zum jetzigen Zeitpunkt ebenso wenig abzuschätzen.

## Wendepunkt 2019

Während die nationalen Fortschritte im Klimaschutz seit der Pariser Klimakonferenz 2015 überaus bescheiden waren, wecken die politischen Entwicklungen im Jahr 2019 – nicht zuletzt die neue zivilgesellschaftliche Mobilisierung im Rahmen der Fridays for Future, die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament oder die angekündigten Pläne neuen EU-Kommission – wieder mehr Hoffnung, dass der europäische Klimaschutz an Fahrt gewinnt. Zumindest strategisch wird nun innerhalb der EU das Ziel verfolgt, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent umzugestalten. Ob das gelingt, wird auch davon abhängen, ob die soziale Dimension der Klimakrise ernst genommen wird und dem Bekenntnis, niemanden auf dem Weg zurückzulassen, auch Taten folgen. Der europäische Grüne Deal bietet insofern zumindest einen guten Ausgangspunkt für weitergehende politische Initiativen für ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell in Europa.

**Brigit Mahnkopf** zeigt eingangs, dass die soziale Formation des Kapitalismus – allen Verwertungskrisen zum Trotz – bislang nicht an den eigenen Widersprüchen zerbrochen ist. Als überlebensfähiges und scheinbar alternativloses sozial-ökonomisches System, hat sich dieser bisher erfolgreich dem Prinzip Verantwortung widersetzt – der Klimakrise lässt sich damit schwerlich beikommen. Sie weckt nun die Hoffnung, dass die Angst vor dem Erreichen und Überschreiten ökologischer, ökonomischer und sozialer Kippunkte den Anstoß zu radikalen Eingriffen geben könnte.

**Werner Raza** fragt, ob der *European Green Deal* einen Einstieg in die umfassende sozial-ökologische Transformation bieten kann. Den Charme der Idee sieht er darin, die Bekämpfung der ökologischen Krise mit einer sozial inklusiven Agenda zu verbinden. Im Gegensatz zu den Vorschlägen der progressiven US-DemokratInnen vermisst er in der europäischen Ausprägung aber eine soziale Komponente, die imstande wäre, die proklamierte „Just Transition“ tatsächlich zu gewährleisten. Auch erkennt er kaum Ansätze für die Bewältigung der globalen Dimension der Transformation.

**Josef Baum** widmet sich China, dem derzeit größten Emittenten von Treibhausgasen. Obwohl China in den Medien häufig als Bremser in Klimaverhandlungen dargestellt wird, verfolgt das Land seit etlichen Jahren auf nationaler Ebene eine durchaus ambitionierte Klimapolitik. Man habe nämlich erkannt, dass der Übergang in eine „Low-Carbon-Wirtschaft“ durchaus im eigenen Interesse ist, auch weil das Land jetzt schon überproportional vom Klimawandel betroffen ist. Die Perspektive einer „Ökologischen Zivilisation“ ist angesichts dessen eine wichtige Leitlinie bis hinein in die Verfassung geworden.

**Halliki Kreinin** stellt drei Idealtypen von Klimanarrativen einander gegenüber: *Neoliberal Political Economy* (NPE), *Ecological Modernisation* (EM) und *Social-Ecological Transformation* (SET). Während die Lösungsansätze von NPE und EM unzureichend sind, um die multiplen gesellschaftlichen Krisen an den Wurzeln zu bekämpfen, eröffnet die SET-Perspektive radikalere Optionen. Im Sinne einer Just Transition ginge es um die Verschiebung von Prioritäten weg von Marktösungen hin zu emanzipatorischen Projekten, in denen die gesellschaftlichen Wirkungen im Vordergrund stehen.

**Sandra Matzinger und Christian Berger** gehen einer zentralen sozialen Frage der Energiewende nach – der Energiearmut. Sie setzen dabei zwei Schwerpunkte: Einerseits erläutern sie, was unter dem vielschichtigen Phänomen Energiearmut zu verstehen ist. Andererseits zeigen sie, warum eine geschlechtsspezifische Analyse von Energiearmutsbetroffenheit nötig ist.

**Clemens Bohl und Antje Daniel** analysieren die Motive für das neue klimapolitische Engagement der Fridays for Future (FFF). Diese spiegeln die persönliche Dimension des Themas und das Bedrohungspotenzial, das in der Krise liegt, wider. Die FFF-Bewegung habe es geschafft, das komplexe Thema Klimawandel zu simplifizieren und es aus der Arena der Wissenschaft in die Öffentlichkeit zu tragen. Ein neues Framing, in dem der Begriff „Klimakrise“ im Mittelpunkt steht, und persönliche Betroffenheit haben die jungen Klimaaktivist\*innen zur moralischen Autorität werden lassen

Die Corona Virus Krise trifft die Weltwirtschaft unerwartet und mit voller Härte. Inwieweit damit Klimapläne gestoppt werden und Mittel in Rettungsschirme umgeleitet werden, lässt sich zu Redaktionsschluss noch nicht beurteilen. Eine Diskussion zeichnet sich ab über die Sinnhaftigkeit und Risiken globaler Güterketten. Ob es in manchen Bereichen zu einer Renationalisierung im Sinne der Steigerung der Versorgungssicherheit zu einer Regionalisierung kommen wird, und welche Auswirkungen dies auf die Produktion und Logistik und damit auf die Treibhausemissionen haben wird, ist noch nicht abzuschätzen.

## Anmerkungen

- 1 Für eine Übersicht über die unterschiedlichen Diskurse im Umgang mit der Klimakrise siehe exemplarisch Rätzl und Uzzell, 2011 oder Kreinin, 2020 (in dieser Ausgabe).
- 2 Laut Europäischer Kommission (2019: 18) sind „diese Schätzungen [...] konservativ, da sie beispielsweise den Investitionsbedarf für die Anpassung an den Klimawandel oder andere ökologische Herausforderungen wie die Biodiversität nicht berücksichtigen. Ebenso wenig berücksichtigt sind die öffentlichen Investitionen, die zur Deckung der sozialen Kosten des Übergangs und der Kosten der Untätigkeit erforderlich sind.“

## Literaturverzeichnis

- Arbeiterkammer (2018): „BAK Stellungnahme zum Entwurf des nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) für Österreich“; [https://wien.arbeiterkammer.at/service/stellungnahmen/umwelt/Nationaler\\_Energie-und\\_Klimaplan.html](https://wien.arbeiterkammer.at/service/stellungnahmen/umwelt/Nationaler_Energie-und_Klimaplan.html) (10.03.2020).
- CCCA (2019): CCCA Pressekonferenz zum Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP)  
Der Fingerabdruck im vorliegenden NEKP ist marginal. Klimaforschung, Umweltschutzorganisationen und Klimaaktivist\_innen fordern rasches politisches Handeln. (12.11.2019), [https://ccca.ac.at/startseite/news-archiv?tx\\_news\\_pir%5Baction%5D=detail&tx\\_news\\_pir%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pir%5Bnews%5D=455&cHash=9963cb8743d188ff6267cdd7256429ab](https://ccca.ac.at/startseite/news-archiv?tx_news_pir%5Baction%5D=detail&tx_news_pir%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pir%5Bnews%5D=455&cHash=9963cb8743d188ff6267cdd7256429ab) (10.03.2020).
- Europäische Kommission, 2014: Mehrjähriger Finanzrahmen 2014–2020 und EU-Haushalt 2014 – Übersicht in Zahlen, Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- Europäische Kommission (2019a): Commission Recommendation of 18.6.2019 on the draft integrated National Energy and Climate Plans. [https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/at\\_rec\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/at_rec_en.pdf) (10.03.2020)
- Europäische Kommission (2019b): Der europäische Grüne Deal. COM(2019) 640 final. [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_de.pdf) (04.02.2020)
- Europäische Kommission (2020a): Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa, Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal. COM(2020) 21 final. [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52020DC0021\(04.02.2020\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52020DC0021(04.02.2020)).
- Europäische Kommission (2020b): Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang. COM (2020) 22 final. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs\\_20\\_48](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs_20_48) (04.02.2020)
- Europäische Union (2018): „Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz.“; <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2018/1999/oj> (10.03.2020).
- Europäisches Parlament (2018): Bericht über Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung A8-0170/2019, [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2019-0170\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2019-0170_DE.pdf) (05.02.20).
- Global 2000 (2018): „GLOBAL 2000 fordert Komplettüberholung der Klima- und Energiestrategie „Mission 2030““; [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180523\\_OTS0016/global-2000-fordert-komplettueberholung-der-klima-und-energiestrategie-mission-2030](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180523_OTS0016/global-2000-fordert-komplettueberholung-der-klima-und-energiestrategie-mission-2030) (zugriff 10.03.2020).
- Hirsch, Fred (2005): Social limits to growth. Routledge, New York.
- Kirchengast, G., Kromp-Kolb, H., Steininger, K., Stagl, S., Kirchner, M., Ambach, Ch., Grohs, J., Gutsohn, A., Peisker, J., Strunk, B. (2019): Referenzplan als Grundlage für einen wissenschaftlich fundierten und mit den Pariser Klimazielen in Einklang stehenden Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich (Ref-NEKP) — Executive Summary, September 2019, 18 S., CCCA Wien-Graz. – Verlag der ÖAW, Wien, Österreich.
- Räthzel, Nora, und David Uzzell (2011): „Trade unions and climate change: The jobs versus environment dilemma.“ *Global Environmental Change* 21/4, 1215–1223.
- Schlager, Christa und Soder, Michael (2019): Die Schuldenbremse ist eine Klimaschutzbremse, AuW-Blog, 29.08.2019, <https://awblog.at/schuldenbremse-ist-klimaschutzbremse/> (05.02.2020)
- Steffen, Will, et al. (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. *Science* 347, 1259855 (2015). DOI: 10.1126/science.1259855
- System Change, not Climate Change (2018): „Mission Klimakrise: Die desastöse Klimastrategie von Schwarz-Blau“, <https://systemchange-not-climatechange.at/de/mission-klimakrise-die-desastroese-klimastrategie-von-schwarz-blau/> (10.03.2020).
- Truger, Achim (2015): Die Implementierung der Goldenen Regel für öffentliche Investitionen in Europa: Sicherung der öffentlichen Investitionen und Unterstützung der Konjunktur, Studie der Arbeiterkammer Wien.
- von der Leyen, Ursula (2019): „Eine Union, die mehr erreichen will.“ Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2024 (2019). [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf) (04.02.2020).